

Autonomes Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin – seit 1998
 Ehrenamtlich, frei und offen für alle - Tel. 030-42857090
 eMail: autonomes.seminar@t-online.de - <http://autonomes-seminar-humboldt.webs.com/>

Berlin, den 1. Juni 2016

Liebe Denkende und Interessierte,

**anbei Dossier und Einladung zum Streitgespräch in der Reihe
 „Anderer Anfang – Buen Vivir“:**

„Freiheit und Bedingungsloses Grundeinkommen“

Es streiten sich: Robert Ulmer (Netzwerk Grundeinkommen) und
 Wolfgang Ratzel (Autonomes Seminar)

Zeit: Donnerstag, den 2. Juni 2016 von 18:30 - 20:30 Uhr

Ort: Seminargebäude der Humboldt-Uni, Invalidenstraße 110, Raum 293
 (ehrenamtlich, frei und offen für alle - beim Tram+U6-Bf Naturkundemuseum)

Vermutlicher Ablauf:

- Input Robert Ulmer, 15 Minuten
- Input Wolfgang Ratzel, 15 Minuten
- Erwiderung Robert auf Wolfgang, 3 Minuten
- Erwiderung Wolfgang auf Robert, 3 Minuten
 - ab 19:10 Diskussion mit allen
- Vorstellung der Eidgenössischen Volksinitiative
 „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“
- Nachfragen und Diskussion der Volksinitiative
 - Abstimmung der Volksinitiative

DOSSIER zum Bedingungslosen Grundeinkommen - BGE

(1) Der Beitrag von Robert Ulmer:

Entfaltungsfreiheit für alle auf dem finanziellen Bürgersteig BGE

Ich möchte zwei Freiheitsbegriffe in Erinnerung rufen, die ich für besonders wichtig halte, und damit kurz darstellen,

- wie ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle die individuelle Freiheit der schlechter Gestellten stärkt, und
- dass die Angst vor der Freiheit eine Ursache für die weit verbreitete Ablehnung des bedingungslosen Grundeinkommens ist.

1. Verleugnung der eigenen Freiheit

Ich war jetzt gerade 3 Wochen in einer medizinischen Reha – ein Ausnahmezustand, in dem ich viel auf andere Gedanken kommen konnte. Und ich war mit vielen Mit-Insassen konfrontiert, die ich sonst vermutlich nie kennengelernt hätte. Eine Sache war wirklich häufig in Gesprächen präsent: Einerseits massive Unzufriedenheit mit der eigenen

beruflichen Situation, Klarheit darüber, dass es die Arbeit ist, die einen krank gemacht hat. Und gleichzeitig eine resignierte Einstellung. Eine Besserung des Zustandes ist nicht möglich: weil die Jobs nun mal eben so stressig geworden sind, weil kürzere Arbeitszeiten aus finanziellen Gründen nicht möglich sind, weil es mit über 50 Jahren nicht mehr möglich ist, mit etwas ganz Neuem anzufangen.

Der gemeinsame Nenner hier ist die Verleugnung der eigenen Freiheit:

- a) Einerseits Klarheit darüber, dass ein anderes Leben besser wäre,
- b) andererseits die Weigerung dieses bessere Leben ernsthaft zu starten.

Sartre nennt diese Art und Weise, sich selbst zu betrügen, diesen weit verbreiteten Schwebezustand, Unaufrichtigkeit.

2. Sartre: „zur Freiheit verurteilt“

Warum die Bezugnahme auf Sartre? Weil Sartre einen sehr eindrücklichen Freiheitsbegriff entwickelt hat: die Freiheit ist schlicht und einfach eine Eigenschaft jedes Bewusstseins. Als Bewusstsein, das sich selbst in Bewegung hält, kann ich nicht anders als frei sein. Wir sind zur Freiheit verurteilt: die Zeit verstreicht erbarmungslos, und es sind meine Entscheidungen, die die Zeit strukturieren, die über mein Leben bestimmen. Entscheidungen für die ich verantwortlich bin. Sartre leugnet nicht das immense Gewicht der Fremdbestimmung, aber er sagt: mag ja sein, dass die Gesellschaft, die Gene, die Familie mich massiv geprägt haben. Aber was ich daraus gemacht habe, dafür bin ich verantwortlich und niemand sonst. Dieser Aspekt der Freiheit kann sehr unangenehm sein, weil dann die ganzen Ausreden, mit denen man sich beschwichtigt, nichts mehr gelten. (Wenn ich sage oder insgeheim denke, ich konnte doch nichts dafür, die anderen sind schuld, dann ist auch diese Haltung meine Verantwortung: dann bin ich eben dafür verantwortlich, dass ich den anderen die Verantwortung für mein Leben übergeben habe.)

3. Sartre: „fremder Freiheit ausgesetzt“

Nun bin nicht nur ich frei, sondern auch die anderen. Ich finde Sartre in diesem Punkt besonders interessant, wie er die Intersubjektivität, das Aufeinanderprallen zweier Freiheiten beschreibt. Wie ich im Blick des anderen zum Objekt erstarre. Wie wir fremder Freiheit ausgesetzt sind. Es ist der andere, der mich sieht wie ich bin und wie ich mich nie sehen werde. Der andere hat den Schlüssel zum Geheimnis meines Seins. Wir sind deshalb in punkto Selbsterkenntnis immer auf andere angewiesen, und daraus resultiert dann die Leidenschaft, die anderen kennenzulernen, mir die Freiheit des anderen anzueignen, aber ALS FREIHEIT.

Sartre beschreibt menschliche Beziehungen als Konflikte, die letztlich nicht aufzulösen sind und kritisiert dabei weit verbreitete Harmonie-Illusionen, Illusionen mit denen wir uns das Leben künstlich schwer machen. Ich finde seine Kapitel über Liebe und auch das sehr ausführliche Kapitel über Sexualität ausgesprochen interessant._Dies nur am Rande.

So viel zum Freiheitsbegriff von Sartre.

4. „Wirkliche Freiheit für Alle“: mehr Freiheit als Ergebnis gesellschaftlichen Fortschritts

Jetzt zum zweiten Freiheitsbegriff, der „wirklichen Freiheit“, real freedom, entwickelt von Philippe Van Parijs, einem Grundeinkommens-Wissenschaftler und -aktivisten.

Hier geht es nicht um eine Eigenschaft des Bewusstseins wie bei Sartre, sondern um gesellschaftlichen Fortschritt. Zunächst „selfownership“, also Abschaffung der Leibeigenschaft, die Leute gehören nicht mehr ihrem Feudalherren oder Sklavenhalter sondern gehören sich selbst; sodann die Abschaffung vieler anderer freiheitseinschränkender Regeln, am Ende steht die Vertragsfreiheit, die formelle Freiheit der Vertragspartner.

5. Kapitalismus: formell frei aber real sehr unfrei

Damit haben wir dann den Kapitalismus, Freiheit für wenige, die von der Arbeit der anderen leben. Die meisten sind zwar formell frei aber real sehr unfrei.

Sie haben die Wahl zwischen unbefriedigender Arbeit und harter Armut, also zwischen Pest und Cholera; keine Ausweichoption.

Wenn wir reale Freiheit begreifen als das Ausmaß in dem ich tun kann was ich will bzw. wollen könnte; dann ist es im Kapitalismus um die reale Freiheit der meisten Menschen eher schlecht bestellt.

6. „Für alle“: die schlechter Gestellten besser stellen

Und wenn es uns um wirkliche Freiheit für alle geht, dann muss vorrangig die Situation der schlechter Gestellten verbessert werden. (Hier übernimmt Van Parijs eine Zielstellung von John Rawls in dessen Theorie der Gerechtigkeit.)

Wirkliche Freiheit ist eine graduelle Angelegenheit, sowohl individuell, man kann mehr oder weniger „wirklich frei“ sein, als auch gesellschaftlich, das Ziel der wirklichen Freiheit für alle kann mehr oder weniger gut erreicht sein. Hier geht es darum, die schlechter Gestellten besser zu stellen: es geht um Freiheitsgewinne der schlechter Gestellten. Das ist nicht zwingend immer eine Win-Win-Konstellation; es kann durchaus damit verbunden sein, den besser Gestellten Freiheitseinbußen abzuverlangen. (Linie auf Tafel)

7. Dauerhafte Korrektur der Verteilungsungleichheit

Konkret, und damit wären wir beim Grundeinkommen: wenn das Ziel ist, die Armut abzuschaffen mittels Verteilen von Geld an die schlechter Gestellten, dann muss dieses Geld eingenommen werden in Form von Steuern von denen, die mehr haben. Wenn der Kapitalismus naturwüchsig zu mehr Verteilungsungleichheit führt, dann muss hier dauerhaft korrigiert werden. Im Klartext, so z.B. Katja Kipping: das obere Drittel wird draufzahlen müssen.

8. BGE als soziale Infrastruktur, als finanzieller Bürgersteig

In einer Gesellschaft, in der Güter aller Art als Waren angeboten werden, muss ich Kaufkraft haben; Freiheit für alle bedeutet also auch Kaufkraft für alle; deshalb ist es wichtig, dass es das BGE in Form von Geld gibt. BGE ist Bestandteil der sozialen Infrastruktur, ist so etwas wie ein finanzieller Bürgersteig. Ein Bürgersteig, auf dem sich alle frei bewegen können, ohne vom Sumpf der Armut bedroht und verschlungen zu werden.

9. Die vier Kriterien des BGE:

- Ausreichende Höhe, und nicht Armut durch Gesetz, wie beim SGB II
- Individueller Rechtsanspruch, und nicht Zwang zur Sippenhaft der Bedarfsgemeinschaft wie beim SGB II

- Keine diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung. Die hohe Quote der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen zeigt, dass es die Gießkanne ist, die wirklich zielgenau den wirklich Bedürftigen am besten hilft, nämlich jenen, die an der Sozialbürokratie häufig scheitern.
- Kein Zwang zur Arbeit oder anderen Gegenleistungen. Das BGE ist Gratieinkommen, es ist kein Tauschverhältnis.

10. Schluss mit dem Hamsterrad der Unterbietungskonkurrenz

Heute ist das Ziel, die reale Freiheit der schlechter Gestellten zu verringern, sie immer mehr unter Druck zu setzen, zu unattraktiven Jobs zu nötigen, jeden Ausweg aus dem Hamsterrad der Unterbietungskonkurrenz zu versperren. Das BGE würde diesen unwürdigen Zustand beenden. Hilfreich wären hier bereits Übergangsschritte zum BGE, insbesondere die Abschaffung der Sanktionen bei den Arbeitsmarktgesetzen: die Schaffung der Möglichkeit Nein zu sagen

11. Ein unabhängiges Leben führen können ohne finanziell unabhängig sein zu müssen.

Das autoritäre Dogma heute lautet: sei finanziell unabhängig und lebe nicht auf Kosten der Gemeinschaft. Das ist die Kernaussage des SGB II, des Hartz-IV-Gesetzes. Es ist eine Fiktion der Autarkie: die Fiktion, auf eigenen Beinen zu stehen; eine unsinnige Fiktion, denn in unserer arbeitsteiligen Welt steht kein Mensch auf eigenen Beinen.

Das BGE realisiert für alle eine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und ermöglicht allen, ein unabhängiges Leben zu führen.

unerwiderte Gabe

12. Andere Geschäftsgrundlage mit BGE: allgemeines Streikgeld, Abschaffung aller unattraktiven Jobs

Heute haben wir eine Geschäftsgrundlage der Unfreiheit: füge dich den Gegebenheiten, sei dankbar für jeden Job. Geld vom Staat gibt es nicht auf Dauer, wir werden dich so lange demütigen und unter Druck setzen, bis du dein eigenes Geld verdienst und damit – so der Gesetzestext – deine Hilfebedürftigkeit beendest.

Das BGE wäre die Möglichkeit, nein sagen zu können, ohne mit Armut sanktioniert zu werden. Damit hätten wir eine Geschäftsgrundlage der Freiheit. Das BGE als allgemeines Streikgeld. Hier wird deutlich, dass die Gewerkschaften vielleicht ganz gute Lobby-Organisationen für die abgesicherten Beschäftigten sind, aber viel zu wenig dagegen tun, wie Beschäftigte gegen Erwerbslose ausgespielt werden.

Eine Welt ohne unattraktive Jobs kommt dann, wenn alle zu unattraktiven Jobs Nein sagen können und trotzdem ein ausreichendes Einkommen, eben ein Grundeinkommen beziehen.

13. Freie Kooperation; gleiche Augenhöhe auf dem Arbeitsmarkt; egalitär; gegen Hierarchien.

Heute haben wir vielfach erzwungene Kooperation, mit BGE haben wir in zunehmendem Maße freie Kooperation: beide Kooperationspartner haben gleichermaßen die Möglichkeit, Nein zu sagen, und eben nicht nur die sogenannten „Arbeitgeber“. Beide Vertragspartner begegnen sich auf dem Arbeitsmarkt auf Augenhöhe.

BGE ist ein Schritt in eine egalitäre Welt, ein Mittel gegen den Zwang, sich in Hierarchien unterzuordnen.

Mit BGE werden die Konflikte der Menschen nicht abgeschafft, Konflikte, die entstehen wenn Freiheiten aufeinander treffen. Aber diese Konflikte wären dann nicht mehr der Klassenkonflikt zwischen den Lohnabhängigen und den Kapitalisten. Die Konflikte wären egalitär; die Machtungleichgewichte wären reduziert. Egalitär bedeutet eben nicht „Gleichmacherei“. Im Gegenteil: heute haben wir die Gleichmacherei der Erwerbsorientierung. Mit BGE die Vielfalt sehr unterschiedlicher Lebensentwürfe.

14. Gegnerschaft zum BGE ist autoritär

Meine These ist, dass Gegnerschaft gegen das BGE meistens sich aus einer autoritären Haltung speist: zu viel Freiheit ist gar nicht gut!

Es geht um das Bedürfnis, dass alle sich einordnen und mitmachen müssen. Das ist zum einen der erklärte Wille der Eliten, andere zu den unattraktiven Jobs zu zwingen, die sie selber niemals machen würden. Aber auch die „kleinen Leute“ sind autoritär, wenn sie es nicht ertragen können, wenn andere aus der Reihe tanzen. Und es befriedigt die Eliten und die kleinen Leute gleichermaßen, wenn die aus der Reihe Tanzenden vom Jobcenter zur Raison gebracht werden.

15. Mit BGE wird das Unbequeme der Freiheit gesellschaftliche Realität

Zum einen das Unbequeme der Freiheit der anderen: mit BGE haben wir die Leute nicht mehr so unter der Fuchtel. Viele BGE-Befürworter legen großen Wert darauf, dass mit BGE alle schrecklich fleißig nur noch Gutes und Sinnvolles tun. Ich wäre mit solchen perfektionistischen Prognosen etwas vorsichtiger und plädiere für einen ausdrücklichen Antiperfektionismus.

Auch das Unbequeme der eigenen Freiheit wird mit BGE intensiver spürbar: die Ausrede, ich hätte ja anders leben wollen, aber wegen der üblichen Geldprobleme ginge es nicht anders, gilt nicht mehr. Mit BGE haben wir eine Gesellschaft ohne Ausrede.

16. Die eigenen Leidenschaften leben; kein Opfer

Heute sind die Leute oft stolz darauf, dass sie sich auch für unangenehme Arbeit nicht zu schade waren, dass sie bereit waren, Opfer zu bringen. Das Problem an dieser Haltung ist regelmäßig, dass sie damit verbunden ist, dieselbe Opferbereitschaft auch von den Mitmenschen zu verlangen: keiner soll aus der Reihe tanzen dürfen. Dies ist eine autoritäre, freiheitsfeindliche Haltung.

Im Grunde geht mein Appell dahin, die eigenen autoritären Anteile kritisch zu überdenken, die eigene Angst vor der Freiheit kritisch zu überdenken und neugieriger zu werden, neugierig auf die Leidenschaften der Menschen, neugierig auf die Unterschiede der Menschen, und neugierig auf eine Welt, in der es Unterschiede geben darf, eine Welt in der die Leute das tun was sie wollen.

Literatur:

Jean-Paul Sartre: Das Sein und das Nichts

Philippe Van Parijs: Real Freedom for All.

.....

(2) Beitrag von Wolfgang Ratzel:

Das Bedingungslose Grundeinkommen macht uns noch unfreier!

(Eine längere Fassung kommt nach dem Streitgespräch)

1. Wer im Zustand der Not und der Herrschaft des Nötigen lebt, lebt immer schon im Zustand der Unfreiheit, auch wenn er von bürgerlichen Freiheitsrechten umkleidet ist. Er lebt auch dann noch im Zustand der Unfreiheit, wenn er über das Allernötigste verfügt. Denn was nötig ist und als „Not“ aufgefasst wird, kennt keine Obergrenze.

2. Wer eine Gabe nicht erwidern kann oder will, wird von der Gabe und dem Gebenden beherrscht und ist deshalb immer schon unfrei.

Wer von der Mutter Gesellschaft und vom Vater Staat mit einem bedingungslosen Grundeinkommen versorgt wird (taken care of), bleibt auch als Erwachsener de facto im Versorgungszustand des Kindes befangen und damit im Zustand der Unfreiheit.

3. Im freien Bereich des Unnötigen bin ich erst, wenn ich von der Herrschaft der Not und des Nötigen und von der Herrschaft der Gabe und der Gebenden befreit bin.

4. Eine bedingungsloses Grundeinkommen ist eine bedingungslose Gabe der Gesellschaft und kann erst dann gesellschaftliche Wirklichkeit werden, wenn die Gesellschaftsmitglieder den Gabentausch, d.h. die freiwillige Selbstverpflichtung, eine Gabe zu erwidern, verinnerlicht haben.

Derzeit denkt und handelt die Mehrheitsbevölkerung jedoch (leider) im Horizont exzessiver Selbstbereicherung auf Kosten seiner Mitmenschen, Mit-Lebewesen und „Natur“.

In dieser Atmosphäre des „Immer-mehr-haben-wollens“ kann ein BGE nur in kleinen Zusammenhängen von Menschen funktionieren, die zum freiwillig-verpflichtenden Gabentausch willens und fähig sind.

5. **Summa:** Unter den gegebenen, von Aneignung und Nehmen gesteuerten kapitalistischen Verhältnissen macht das Bedingungslose Grundeinkommen die faktisch unfreie Bevölkerungsmehrheit noch unfreier als sie schon ist.

.....

(3) Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens BGE

(zusammengestellt von Wolfgang Ratzel)

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Einkommen aus Sozialtransfer, das jedem Mitglied der Gesellschaft bedingungslos gewährt wird. Es soll ...

- als soziokulturelles Existenzminimum die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
- ohne Bedürftigkeits- oder Berechtigungsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Wer ist anspruchsberechtigtes Gesellschaftsmitglied?

- Staatsangehörige und AusländerInnen während ihrer legalen Aufenthaltsdauer;
- Jedes Gesellschaftsmitglied - vom Säugling bis zum Greis.

- Jedes Gesellschaftsmitglied – ob arm oder reich.

Definition des Basic Income Earth Network (BIEN):

"Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das allen auf einer individuellen Basis bedingungslos gegeben wird, ohne Vermögensprüfung und Arbeitsverpflichtung."

.....

(4) Düstere Vorahnungen: 20 zu 80 und tittytainment

Das Bedingungslose Grundeinkommen wird kommen, und zwar auf niedrigem Niveau. Der Geldbetrag wird so bemessen sein, dass die Empfangenden davon weder leben noch sterben können. Wer darüber hinaus auch noch krank, gehandicapt oder alt ist, wird zum vorzeitigen Tod verurteilt werden, weil die Gesundheits- und Pflegeleistungen –wenn überhaupt- nur eine Grundversorgung umfassen werden.

Dazu eine alte Fundstelle aus dem Buch der ehemaligen SPIEGEL-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann: „Die Globalisierungsfalle“

Das Buch berichtet aus dem Innern eines Treffens im Fairmont-Hotel in San Francisco. Michael Gorbatschow begrüßte dort Ende September 1995 fünfhundert führende Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler aus aller Welt:

„Der neue <globale Braintrust> [...] soll den Weg ins 21. Jahrhundert weisen, <unterwegs zu einer neuen Zivilisation>.“ (ebd., S.10)

Ich zitiere: „Die Zukunft verkürzen die Pragmatiker im Fairmont auf ein Zahlenpaar und einen Begriff: 20 zu 80 und tittytainment. 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. [...] Ein Fünftel aller Arbeitsuchenden werde genügen, um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die sich die Weltgesellschaft leisten könne. Diese 20 Prozent werden damit aktiv am Leben, Verdienen und Konsumieren teilnehmen – egal, in welchem Land. Das eine oder andere Prozent, so räumen die Diskutanten ein, mag noch dazukommen, etwa durch wohlhabende Erben.

Doch sonst? 80 Prozent der Arbeitswilligen ohne Job? <Sicher>, sagt der US-Autor Jeremy Rifkin, Verfasser des Buches <Das Ende der Arbeit>, <die unteren 80 Prozent werden gewaltige Probleme bekommen>. Sun-Manager Gage legt noch einmal nach [...]: Die Frage sei künftig: <to have lunch or be lunch>, zu essen haben oder gefressen werden. [...] Im Fairmont wird eine neue Gesellschaftsordnung skizziert: reiche Länder ohne nennenswerten Mittelstand – und niemand widerspricht.

Vielmehr macht der Ausdruck <tittytainment> Karriere, den der alte Haudegen Zbigniew Brzezinski ins Spiel bringt. [...] <Tittytainment>, so Brzezinski, sei eine Kombination von <entertainment> und <tits>, dem amerikanischen Slangwort für Busen. Brzezinski denkt dabei weniger an Sex als an die Milch, die aus der Brust einer stillenden Mutter strömt. Mit einer Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung könne die frustrierte Bevölkerung der Welt schon bei Laune gehalten werden.

Nüchtern diskutieren die Manager die möglichen Dosierungen, überlegen, wie denn das

wohlhabende Fünftel den überflüssigen Rest beschäftigen könne. Soziales Engagement der Unternehmen sei beim globalen Wettbewerbsdruck unzumutbar, um die Arbeitslosen müssten sich andere kümmern. Sinnstiftung und Integration erwarten sich die Diskutanten vom weiten Feld der freiwilligen Gemeinschaftsdienste, bei der Nachbarschaftshilfe, im Sportbetrieb oder in Vereinen aller Art. <Diese Tätigkeiten könnte man doch durch eine bescheidene Bezahlung aufwerten und so die Selbstachtung von Millionen Bürgern fördern>, meint Professor Roy. [...]

Unterwegs zu einer neuen Zivilisation wähten sich die Veranstalter der drei denkwürdigen Tage im Fairmont. Doch die Richtung, welche der versammelte Sachverstand aus Chefetagen und Wissenschaft wies, führt geradewegs zurück in die vormoderne Zeit. Nicht mehr die Zweidrittelgesellschaft, vor der sich die Europäer seit den achtziger Jahren fürchten, beschreibt demnach die künftige Verteilung von Wohlstand und gesellschaftlicher Stellung. Das Weltmodell der Zukunft folgt der Formel 20 zu 80. Die Einfünftelgesellschaft zieht herauf, in der die Ausgeschlossenen mit Tittytainment ruhiggestellt werden müssen. Alles maßlos übertrieben?“ (ebd., S.12-14)

.....

(5) Initiativtext der Eidgenössischen Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»:

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 110a (neu) bedingungsloses Grundeinkommen

1. Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.
2. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.
3. Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.

Fundstelle: <http://www.grundeinkommen.ch/initiativtext/>

Begründung der Volksinitiative: UM WAS ES GEHT

Die Schweiz ist das erste Land, das über ein bedingungsloses Grundeinkommen abstimmt. Der Vorschlag ist, den Teil des Einkommens, den man unbedingt zum Leben braucht, allen bedingungslos zu gewähren.

Experten prognostizieren dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt. Das Grundeinkommen nimmt sich dem technologischen Fortschritt an und gibt darauf eine humanistische Antwort.

«Gute Idee, aber nicht finanzierbar!» So lautet der häufigste Einwand, der jedoch in einem Missverständnis gründet. Es geht beim Grundeinkommen nicht um mehr Geld. Das Grundeinkommen ist kein zusätzliches Einkommen, sondern ein grundsätzliches. Nämlich das bestehende Grundeinkommen ohne Bedingung

Allerdings! Wir müssen uns nur vergegenwärtigen, dass wir erstens ja auch schon heute alle Menschen in unserem Land ernähren und dass zweitens alle zur Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens erforderlichen Geldströme schon heute fließen. Das Grundeinkommen ist nicht mehr Geld. Es ist kein zusätzliches Einkommen. Es geht nur darum den Sockel aller Einkommen bedingungslos zu machen. Nicht Geld wird umverteilt, sondern Macht. Es geht um mehr Selbstbestimmung.

Fundstelle: <http://www.grundeinkommen.ch/>

.....

**(6) Einige Zahlen, um schweizerische mit deutschen Verhältnissen
vergleichen zu können**

Wahlspruch der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

Wahlspruch: «Unus pro omnibus, omnes pro uno»[1]

Lateinisch für: «Einer für alle, alle für einen» (dt.)

«Un pour tous, tous pour un» (frz.)

«Uno per tutti, tutti per uno» (ital.)

«In per tuts, tuts per in» (rät.)

BRD: kein Wahlspruch

Schweiz - Einwohnerzahl: 8.306.200 Menschen (30. September 2015)

BRD: 81.770.944 Menschen (30. September 2015)

Schweiz - Bevölkerungsentwicklung: + 1,24 % pro Jahr (2014)

BRD: + 0,5 % pro Jahr (Dez. 2013–Dez. 2014)

Schweiz- Fläche: 41.285 qkm

BRD: 357.375 qkm

Schweiz - Bruttoinlandsprodukt (BIP) nominal: 636 Mrd. USDollar

BRD: 3.636 Mrd. USDollar

Schweiz - BIP nominal pro Kopf: 81.161 USDollar

BRD: 44.999 USDollar

Schweiz-Staatshaushalt-Einnahmen 2015: 67.5 Mrd. CHF (leichter Überschuss)

BRD – Einnahmen- Bundeshaushalt 2015: 317 Mrd. Euro (leichter Überschuss)

Schweiz – Staatsverschuldung 2014 (ohne verdeckte Verschuldung): 223 Mrd. CHF
= 34,7 % im Verhältnis zum BIP

BRD - Staatsverschuldung Bund+Länder+Gemeinden (31.12.14): 2.049,0 Mrd. Euro!
= 70,3 % im Verhältnis zum BIP

Schweiz: Pro-Kopf-Verschuldung 2014 (Staatsschulden): 27.065 CHF

Deutschland: Pro-Kopf-Verschuldung (Staatsschulden): 24.771 Euro!

Wechselkurs: 1,10 CHF für 1 Euro (1.6.2016)

Kaufkraft des Schweizer Franken (CHF) Währungspaar EUR/CHF 2009:

1 EUR für einen bestimmten Warenkorb in der EU27 entspricht 2,03 CHF in der Schweiz. (Quelle der Daten: BfS, Eurostat) –

Schweiz-Löhne Privater Sektor 2014 – Median: ca. 6.200 CHF brutto pro Kopf/Monat

BRD 2015: Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigt = 3.612 Euro.

Die Armutsgefährdungsschwelle wird von der Europäischen Union bei 60% des verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens angesetzt.

- Schweiz 2014: Pro Person+Monat: 2.458 CHF pro Monat (= 13,5 % der Bevölkerung)
- Deutschland 2014: Pro Person+Monat: 917 Euro (= 16,7 % der Bevölkerung)

Hierzu eine Empfehlung von Thomas W.: Fast rechtzeitig für den morgigen Termin hat der Spiegel für uns eine Armutsreportage über Deutschland gemacht:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armut-in-deutschland-was-heisst-schon-arm-a-1088823.html> - ca. 1,14 Millionen Menschen leben seit ca. 9 Jahren fast ohne Unterbrechung von Hartz IV

.....

(7) Merkblatt „Grundeinkommens-Staat Nauru“ (Mai 2011)

Wolfgang Ratzel – Kontakt: wolfgang.ratzel@t-online.de

Der Staat des bedingungslosen Grundeinkommens am Beispiel des Staates Nauru

Das Modell Nauru funktionierte zwischen 1968 und ca 2000, in Ansätzen schon ab 1920.

These:

Das (reichlich-)bemessene bedingungslose Grundeinkommen gründet auf der Ausbeutung der Nicht-BürgerInnen und führt zum totalen Konsum, zur totalen Entfähigung, zum kulturfreien Raum, zu pandemischen Krankheiten, zum frühen Tod und zu verwüsteten Landschaften.

Das Modell des BGE-Staates Nauru

Grundsatz: Der Staat verteilt Einkünfte aus der Verwertung von Rohstoffen (Phosphat) ohne Anspruch auf eine Gegenleistung. Einzige Bedingung ist die Staatsbürgerschaft.

BGE wird in vielfacher Gestalt bezahlt:

- Unterschiedlich großer bis sehr großer Geldbeträge
- Personenbezogene Dienstleistungen (z.B. kostenlose Putzfrau)
- Kostenlose Krankenversorgung einschließlich Auslandsaufenthalt
- Kostenloser Bildung einschließlich Auslandsstudium
- Keine Steuern

Folgen:

1. Ethnische Arbeitsteilung:

Die weitaus meisten StaatsbürgerInnen ziehen sich aus der traditionellen Selbstversorgung und aus der Lohnarbeit zurück. Übrig bleibt Pro-forma-Lohnarbeit (= Nichtstun als Staatsangestellte)

Als einzige wirkliche Tätigkeiten verbleiben Hobbies (Golf spielen. Fischen)

Viele machen gar nichts mehr.

Wenige nutzen die Chancen und studieren im Ausland und übernehmen Regierungsposten.

2. Die Produktions- und Reproduktionsarbeit verrichten Nicht-Nauruer:
d.h.: islanders und Chinesen
3. Die Nauruer stellen nichts mehr. Alles wird konsumiert.
Das führt zu einer totalen Entfähigung: Man verlernt das Kochen, Fegen, Haushaltführen, das Stillen, Windelwechseln uswuf..
4. Dieser Rückzug in den Müßiggang führt zum Kulturbruch. Man vergisst seine traditionelle Kultur und die traditionellen Handwerke.
5. Die übermäßige Fastfood-Ernährung verkoppelt mit Bewegungsarmut führt zu extremer Gewichtszunahme bis hin zur Fettleibigkeit (Männer wiegen durchschnittlich 100 kg) - Diabetes wird zur Pandemie.
Die durchschnittliche Lebenserwartung sinkt auf unter 50 Jahre.

.....

(8) Ansätze zur Einführung eines Bedingungsloses Grundeinkommen-weltweit

Fundstelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen

Alaska:

Das oft in diesem Zusammenhang diskutierte Beispiel Alaskas, ist trotz der Bedingungslosigkeit der Auszahlung aus dem Alaska Permanent Fund, die dort jeder Bewohner erhält, kein „echtes“ bedingungsloses Grundeinkommen, da der Betrag – von 1982 bis 2008 im Schnitt ca. 1100 USD pro Person und Jahr – bei weitem nicht existenzsichernd ist.

Ergänzend: Seit 1982 wird an alle Einwohner eine Dividende des Alaska Permanent Fund ausgezahlt, d.h. an alle, die mindestens für ein Jahr in Alaska gelebt haben. Diese Dividende wird an alle Kinder und Erwachsene ohne jegliche Bedingung ausgezahlt. Ausgenommen sind einzig und allein Personen, die in dem fraglichen Jahr wegen einer Straftat verurteilt worden sind.

Mindestens 25% der Erträge aus den Verkäufen natürlicher Ressourcen (wie Öl und Gas) werden in den Alaska Permanent Fund zu weiteren Investitionen eingezahlt. Die jährliche Dividende basiert auf einem 5-Jahresdurchschnitt der APF-Erträge. Die Dividende schwankte bisher zwischen 331 \$ 1994 und 3.269 \$ im Jahr 2008. Sie ist eine Pro-Kopf-Leistung, so dass eine fünfköpfige Familie im ganzen fünfmal den Betrag ausbezahlt bekommt.

Fundstelle: <http://www.globalincome.org/Deutsch/BGE-weltweit.html>

Brasilien

In Brasilien wurden unter Präsident Lula erste Schritte für ein bedingungsloses Grund-einkommen umgesetzt. Zuerst erhielten lediglich die Ärmsten einen geringen Betrag, bis 2010 sollten die Zahlungen auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt werden.

Brasilien hat 2004 als erster Staat das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen in die Verfassung aufgenommen. Im Gesetz 10.835/2004 wird das Recht aller Brasilianer auf ein bedingungsloses Grundeinkommen festgelegt. Garantiert wird eine staatliche Leistung für alle Bürger, die mindestens fünf Jahre im Land leben. Diese soll die Grundbedürfnisse von Ernährung, Erziehung und Gesundheit abdecken – unabhängig davon, ob der Empfänger

arbeitet oder Vermögen hat. Eine Klausel im Gesetz (die „renda básica“ solle „schrittweise“ eingeführt werden) schiebt die Umsetzung jedoch auf die lange Bank. Bisher wurde nur die Bolsa Familia eingeführt, eine staatliche Leistung für die ärmsten Haushalte im Land. Diese ist allerdings an Bedingungen geknüpft und setzt Bedürftigkeitsprüfungen voraus. Zwar erreicht die Bolsa Familia mittlerweile rund ein Viertel aller Brasilianer, aber vielen weiteren Bedürftigen fehlt es an Informationen und Unterstützung durch lokale Verwaltungen. Seit 2008 zahlt die brasilianische Nichtregierungsorganisation ReCivitas in dem kleinen brasilianischen Dorf Quatinga Velho in der Nähe von Sao Paulo ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Ausnahme und ohne Bedingung monatlich an alle Empfänger aus, um dessen Wirksamkeit in der Praxis zu erproben. Die Finanzierung des Pilotprojekts beruht bisher hauptsächlich auf Spendeneinnahmen. Das von ReCivitas gezahlte Grundeinkommen beträgt zurzeit monatlich 30 Real (rund 11 Euro) – für ein Jahr reichen also pro Person ca. 130 Euro. Die Bilanz nach vier Jahren: Bis zu 127 Menschen nahmen gleichzeitig das Grundeinkommen in Anspruch. Sie investierten das Geld in die Verbesserung des eigenen Wohnraums, dann in Medizin für ihre Kinder. An dritter Stelle standen unterschiedliche, Einkommen schaffende Maßnahmen.

Deutschland

Mitte 2010 wollte die Breuninger-Stiftung in Deutschland einen Feldversuch starten: 100 Bürger im wirtschaftlich potenten Stuttgart und 100 Bürger in einer wirtschaftlich schwachen Region in Brandenburg sollten für zwei Jahre ein monatliches Grundeinkommen von 800 Euro plus der notwendigen Beiträge zur Sozialversicherung erhalten. Allerdings konnte die Stiftung trotz großen medialen Interesses das Projekt nicht durchführen, da es nicht gelang, die notwendigen Finanzierungspartner zu gewinnen.

Im Juni 2014 startete der Berliner Startup-Gründer Michael Bohmeyer das Projekt Mein Grundeinkommen, bei dem er per Crowdfunding Geld sammelt, um mehreren Menschen für ein Jahr ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.000 € pro Monat zu ermöglichen. Die Grundeinkommen werden öffentlich unter allen registrierten Bewerbern verlost.

Finnland

Im Juni 2015 wurde im Koalitionsvertrag der finnischen Regierungsparteien festgelegt, als erstes europäisches Land ein Grundeinkommen zu testen.

Laut einer Umfrage der finnischen Sozialversicherung Kela vom Herbst 2015 befürworten 69 % der Finnen ein Grundeinkommen, nach Mehrheit (Median) der Befragten in Höhe von mindestens 1.000 Euro monatlich.

Mehrere Organisationen unter Leitung von Kela haben eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern gebildet, um Konzepte für eine umfangreiche Feldstudie zur Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu entwerfen. Zweck der Studie ist es, Möglichkeiten zur Anpassung der Sozialsysteme an einen veränderten Arbeitsmarkt und zum Bürokratieabbau zu suchen; das komplizierte System solle effizienter werden um dem Sozialwesen besser zu dienen.

Das Spektrum zu untersuchender Modelle umfasse ein vollständiges bedingungsloses Grundeinkommen, eine negative Einkommenssteuer, eine bedingungslose Grundsicherung von mindestens 550 Euro unter Beibehaltung zusätzlicher Leistungen wie Wohngeld als auch weitere, noch zu erarbeitende Umsetzungen. Die Aufwendungen für die Studie werden vom Studienleiter mit 20 Milliarden Euro für den Studienzeitraum Anfang 2017 bis Ende 2018 veranschlagt.

Eine Vorstudie solle sofort (Stand: 19. November 2015) beginnen. Im Dezember 2015 machte daraufhin eine Falschmeldung die Runde, Finnland hätte die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle erwachsenen Bürger monatlich in Höhe von 800 Euro beschlossen.

Indien

In Madhya Pradesh (Zentralindien) wurde in bisher 22 Dörfern, in denen besonders schlimme Armut herrscht, ein regelmäßiger Geldtransfer bereitgestellt. Ohne Bedingungen wird in den ausgewählten Dörfern an jeden Bürger ab 18 Jahre ein Monatsbetrag von 200 Rupien ausbezahlt; für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten die Frauen 100 Rupien. 200 Rupien entsprechen bei Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (Methode Weltbank-Atlas) etwa 10 Euro. Es handelt sich also um ein partielles (nicht existenz- und teilhabesicherndes) Grundeinkommen. Die Verwendung steht den Menschen frei.

Iran:

Ähnlich wie in Alaska hat sich die iranische Regierung für eine Teilhabe der Bürger an den Gewinnen der Ölförderung entschieden. Pro Person wird zweimonatlich ein Betrag von umgerechnet 80 US-Dollar gezahlt, also 480 \$ pro Person und Jahr. Mehr als 80 % der Iraner haben den Antrag gestellt.

Kanada

Mincome war ein soziales Experiment in den 1970er-Jahren, das die Auswirkungen eines garantierten jährlichen Einkommenszuschusses in Abhängigkeit von Arbeit (negative Einkommenssteuer) untersuchen sollte. Die Ergebnisse wurden nach dem abrupten Ende des Experimentes 1977 nie offiziell veröffentlicht.

Kuba

Zwischen 1964 und 1973 herrschte in Kuba die Periode des „historischen Lohns“. Es existierte eine spezielle Gesellschaftsordnung, welche den Zwang zur Arbeit und die zentral gesteuerte Verteilung der notwendigen Arbeit beinhaltete sowie das Abschaffen des finanziellen Anreizes auf Arbeit. Für einige Wissenschaftler steht dies damit im Gegensatz zum BGE.

Das vorrevolutionäre Kuba war wirtschaftlich eines der stärksten Länder Lateinamerikas. Die soziale Spaltung der Gesellschaft war jedoch extrem groß. Während im lateinamerikanischen Durchschnitt das Einkommen der ärmsten 20 % der Bevölkerung 3,4 % des Gesamteinkommens betrug, kam die gleiche Bevölkerungsgruppe in Kuba lediglich auf 2,1 %. Ein Tagelöhner in der Zuckerernte hatte oftmals nur drei Monate im Jahr geregelte Arbeit.

Nach dem Sieg der Revolution in Kuba stellte man dort Anfang der 1960er Jahre das Wirtschafts- und Sozialsystem komplett um. Landwirtschaft und Industrie wurden größtenteils verstaatlicht. Es erfolgte eine Vereinheitlichung der Löhne, die nun nicht mehr abhängig von der Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit waren. Materielle Anreize galten, ganz im Sinne Che Guevaras, als „kapitalistisch“. Diese sollten durch moralische Stimuli als Arbeitsanreiz ersetzt werden. Jeder Kubaner hatte gesetzlichen Anspruch auf einen Arbeitsplatz und damit auf ein – zunächst – auskömmliches Einkommen. Außerdem wurde die Palette kostenloser Dienstleistungen erheblich ausgeweitet. Nahverkehr, Elektrizität und Telefon waren nun kostenfrei, die Wohnungsmieten hatten nur noch einen symbolischen Betrag. Obwohl der Arbeitslohn damit keine Vergütung für eine geleistete Arbeit mehr war, sondern ein an das formale Aufnehmen einer Arbeit gekoppeltes „Grundeinkommen vom Charakter der Sozialdividende“ war, schaffte man den Lohnbegriff nicht ab.

Folge dieser Entwicklungen war ein rasantes Absinken der Arbeitsproduktivität. Staatlich festgesetzte Preise sorgten dafür, dass die Produktion der Waren häufig deutlich teurer war als der Verkaufserlös. In der Zuckerernte wurden immer mehr Menschen benötigt, um das gleiche Erntergebnis einzufahren. Es kam zum starken Absinken der gesamten Produktion in Industrie und Landwirtschaft, was zu einer scharfen Versorgungskrise führte, die teilweise bis heute anhält.

Da diese Art des Grundeinkommens an die formale Bedingung der Aufnahme eines Arbeitsplatzes gekoppelt war, kam es nicht zu einem massiven Fernbleiben vom Arbeitsplatz. Jedoch musste in rückblickenden Studien festgestellt werden, dass zurückgehende Arbeitsproduktivität eines der Hauptprobleme für die Misere war. Die Hoffnung, „dass die von der Ausbeutung befreiten Kubaner, statt der Not gehorchend, Erwerbsarbeit zu leisten, aus freier Entscheidung ihr Bestes für den Aufbau eines sozialistischen Kuba geben würden, wenn man ihnen nur die Zusammenhänge klar mache und mit gutem Beispiel vorangehen würde“, hierzu zeigte man beispielsweise Che Guevara im persönlichen Einsatz beim Schlagen von Zuckerrohr, erfüllte sich nicht.

Mongolei

Die Regierung der Mongolei hat erste Schritte unternommen, um ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Ähnlich wie in Alaska soll das Geld aus Einnahmen durch den Verkauf von Bodenschätzen (hier: Gold, Kupfer) stammen. Der Fonds, aus dem die Auszahlung erfolgen soll, wurde bereits eingerichtet, und die Regierung hat die Auszahlung bereits zugesagt.

Namibia - Hauptartikel: Basic Income Grant

In Namibia erhielten die Einwohner der Ortschaft Otjivero-Omitara ein bedingungsloses Grundeinkommen, das „Basic Income Grant“ (BIG) genannt wird. Ziel war es, die Auswirkungen des BIG auf die Armut zu erfassen, zu belegen und die namibische Regierung von einer landesweiten Einführung des Grundeinkommens zu überzeugen.

Von Januar 2008 bis Dezember 2009 hat die den BIG in Otjivero organisierende BIG Koalition den ca. 1000 registrierten Bewohnern der Ortschaft ein Basic Income Grant (BIG) von monatlich 100 N\$ ausgezahlt. Der erste Halbjahresreport liegt als Zusammenfassung in deutscher Übersetzung vor, darüber hinaus der ausführliche Jahresbericht 2008 auf Englisch. Das Projekt wurde aufgrund seiner positiven Effekte (Reduzierung der Unterernährung, der Arbeitslosigkeit, Anzahl der Schulabbrüche und Rückgang der Kriminalität) auf privater Basis mit einer Auszahlung von monatlich 80 N\$ zunächst weitergeführt. Laut BIG Koalition konnte diese reduzierte Zahlung aber nur bis März 2012 gesichert werden. Die namibische Regierung möchte das Grundeinkommen derzeit nicht landesweit umsetzen, worüber die Initiatoren ihre Enttäuschung zum Ausdruck bringen. Seit März 2012 hängt die Auszahlung des reduzierten Grundeinkommens vom Spendeneingang ab, der eine zuverlässige monatliche Auszahlung nicht mehr zulässt.

An den sehr positiven Schlussfolgerungen, die bereits ein halbes Jahr nach Projektbeginn gezogen wurden, ist verschiedentlich methodische und inhaltliche Kritik geübt worden.

Die Glaubwürdigkeit – und somit auch die politische Überzeugungskraft – der in den beiden Auswertungsstudien behaupteten Entwicklungen und Tendenzen leidet u. a. an folgenden Mängeln des Projektdesigns:

- Projektleiter und wissenschaftliche Berater sind sämtlich bekannte Befürworter eines Grundeinkommens. Fachleute aus der namibischen Sozialverwaltung oder von der Universität von Namibia wurden an der Gestaltung und Durchführung des Projekts und an den empirischen Auswertungen nicht beteiligt.

- Es ist keine Kontrollgruppe „ohne BIG“ definiert worden, mit der man die Ergebnisse in Otjivero hätte vergleichen können. Dieses an sich unter Fachleuten selbstverständliche Vorgehen wird von den Projektverantwortlichen zwar im Prinzip anerkannt, aber dann doch abgelehnt, und zwar mit dem Argument, dass dies „ethisch problematisch“ sei.
- Es gibt keine veröffentlichten Auswertungsberichte, die das zweite, dritte oder vierte Jahr des BIG zum Gegenstand hätten. Die beiden vorliegenden Evaluierungsberichte decken die ersten 6 Monate und die ersten 12 Monate nach Einführung des BIG ab.
- Einige Zahlenangaben sind schon für sich genommen wenig glaubwürdig. Ein krasses Beispiel ist die Behauptung, dass das durchschnittliche Einkommen in Otjivero in den ersten 12 Monaten um 29 % gestiegen sei – wobei in diesem Anstieg die BIG-Zahlung selbst nicht enthalten sei. Außerdem wird behauptet, dass dieser Anstieg dauerhaft sei.

Externe Personen erhalten keinen Zugang zu den Daten, die das Projekt gewonnen hat. Diese im internationalen Vergleich ungewöhnliche Restriktion wurde von den Projektverantwortlichen unterschiedlich begründet. Teils wurden die Antragsteller beschieden, dass es beim BIG um den Menschen ginge, nicht um eine akademische Übung. Teils wurde die Befürchtung vorgebracht, dass die Projektdaten von Gegnern eines BIG missbraucht werden könnten. In einem Zeitungsartikel begründen die Projektverantwortlichen die Verweigerung des Zugriffs auf ihre Datenbank mit folgendem Argument: „The Otjivero citizens were promised confidentiality of their personal information.“

Mitte 2012 ist die Situation in Otjivero, kurz nach der Absetzung der (reduzierten) BIG-Zahlung, anscheinend wenig günstig. Clemens von Alten, ein Journalist der deutschsprachigen Allgemeinen Zeitung, berichtet im Mai 2012 von einem Gespräch mit dem Dorfältesten von Otjivero, Ernst Gariseb. Dieser sagte: „Seit zwei Jahrzehnten sitzen wir hier ohne Arbeit, Entwicklung, Perspektiven.“ Die Schlussfolgerung des Journalisten ist: „Trotz der Unterstützung durch den BIG ist irgendeine Entwicklung in Otjivero nicht zu erkennen.“

Was die materielle Situation in Otjivero angeht, kommt Markus Wolff in einem umfangreichen Artikel für die Zeitschrift GEO zu einem ähnlich ungünstigen Ergebnis. Auf der positiven Seite sieht er aber die Möglichkeit, dass der BIG eine in der örtlichen Kultur des Volkes der Damara wichtige soziale Ausdrucksform gestärkt hat: nämlich dass man anderen geben kann und sich dadurch in der Gemeinschaft verankert.

Die Zahlungen wurden 2013 endgültig eingestellt.

Kenia

Ab 2016 soll ein weiteres Projekt, welches aus den USA organisiert wird, in Kenia die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens untersuchen. Dabei wird Kritik an der Evaluation des BIG aufgenommen. Die US-Spendenorganisation GiveDirectly organisiert die Bereitstellung der benötigten 30 Millionen US-Dollar. Insgesamt soll über das Projekt 6.000 Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen über zehn Jahre erhalten.

.....

(9) Das Grundeinkommen würde uns in eine Sinnkrise führen

Interview Andreas Sator mit Daniel Häni

In: Der Standard vom 24. Jänner 2016

<http://derstandard.at/2000029586481/Aktivist-Grundeinkommen-wuerde-uns-in-Sinnkrise-fuehren>

Seit Jahren kämpft er für das Grundeinkommen: Häni erklärt, wieso dem Menschen nichts Besseres passieren könne als eine persönliche Sinnkrise

STANDARD: Sie setzen sich seit langem für das bedingungslose Grundeinkommen ein. Warum?

Häni: Ich bin selbst Unternehmer und weiß, dass es eine Riesenchance ist, Menschen in ihrer intrinsischen Motivation anzusprechen. Die Zeit ist vorbei, wo die Menschen schwere, harte Arbeit machen müssen. Die Roboter sind da. Jetzt müssen wir nur mehr begreifen, dass wir Menschen trotzdem ein Einkommen brauchen. Das Grundeinkommen ist die humanistische Antwort auf den technischen Fortschritt

STANDARD: Worüber stimmt die Schweiz genau ab?

Häni: Wir stimmen über den Grundsatz ab, ob wir ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle einführen wollen – so hoch, dass man menschenwürdig davon leben kann -, nicht über Details. Es wäre sehr überraschend für die konservative Schweiz, wenn sie die Initiative auf Anhieb annehmen würde.

STANDARD: Was würde so ein Grundeinkommen mit den Menschen machen?

Häni: Es würde den Einzelnen in seiner Persönlichkeit und seiner Entscheidungsfreiheit stärken. Es ist eine Initiative für mehr Selbstbestimmung und bedeutet natürlich auch eine Machtumverteilung, daher auch die Gegnerschaft. Wenn die Menschen freier entscheiden können, wofür sie sich einsetzen, ist das vielleicht nicht allen genehm.

STANDARD: Zunächst würden aber auch Menschen in eine Krise fallen, wenn sich der Tag plötzlich nicht mehr um den Erwerbszwang dreht.

Häni: Ich bin überzeugt, dass das passieren wird. Es wäre aber eine konstruktive Krise. Etwas Besseres kann uns nicht passieren, als in so eine Krise geführt zu werden: Wer bin ich eigentlich? Was will ich eigentlich tun?

STANDARD: Wozu sollte man denn auch wohlhabenden Menschen ein Grundeinkommen auszahlen?

Häni: Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir sind nicht mehr im 19. Jahrhundert, wo die Wohlhabenden den Ärmeren helfen und damit eine feudale Machtgeste ausüben. Denn da finden Entmächtigung und Stigmatisierung statt. Ganz zentral beim Grundeinkommen ist, dass es von allen kommt und für alle ist.

STANDARD: In Europa kümmert sich doch jetzt bereits die Allgemeinheit um Kranke, Bedürftige und Alte.

Häni: Ja, aber der Staat übt diese feudale Geste aus. In der Schweiz beziehen die Menschen 60 Prozent der Sozialleistungen nicht. Da stimmt etwas mit den Bedingungen

nicht. Die nehmen das nicht, weil sie das in ihrer Kraft lähmt. Die Aufgabe der Gemeinschaft ist es aber doch, dass der Einzelne zu Kraft kommt. Das ist die Innovation das Grundeinkommens: Dass man mal aufhört mit den Bedingungen, dass die einen sagen, was für die anderen gut ist. Das heutige System wurde vor 150 Jahren erfunden, wir brauchen dringend eine Reform, und zwar eine große.

STANDARD: Ihr Modell mit 2500 Franken im Monat würde 200 Milliarden kosten, ein Drittel des Schweizer BIPs. Wie soll das gehen?

Häni: Das Grundeinkommen ist kein zusätzliches Einkommen. Denn man muss kein neues Geld auftreiben. Es geht nur darum, dass der Sockel aller bestehenden Einkommen bedingungslos wird. Die wirkliche Finanzierungsfrage ist, ob die Menschen durch eine bedingungslose Existenzsicherung untätig werden.

STANDARD: Sie glauben, nein?

Häni: Es geht darum, dass man einen Knoten im Kopf löst. Dass man nicht könne, weil man etwas anderes tun müsse, ist eine der häufigsten Ausreden. Menschen werden faul, wenn sie etwas tun müssen, das sie eigentlich nicht wollen. Sie sind frustriert, sehen keinen Sinn, und daraus entsteht dann Faulheit. Sie ist also eine Folge des heutigen Systems. Dass das Grundeinkommen rein vom Geld her finanzierbar wäre, ist keine Frage.

STANDARD: Vorausgesetzt, die Wirtschaftsleistung bricht nicht ein. Selbst wenn sie konstant bleibt, kommt man schnell auf eine Staatsquote von 70 Prozent.

Häni: Ja, ein Drittel wäre das Grundeinkommen für alle, das zweite Drittel die anderen Staatsausgaben, das letzte Drittel dann das private Konsumgeld.

STANDARD: Was halten Sie von einer Verkürzung der Arbeitszeit?

Häni: Das ist doch sehr unintelligent. Wenn die Menschen arbeiten wollen, sollte man nicht diesen Willen begrenzen und dann darin Gerechtigkeit sehen. Ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass wir in den nächsten Jahrzehnten ein Grundeinkommen sehen werden. Eventuell schaffen wir es hier in Europa. Hier haben wir natürlich immer das Problem der Moral. Wir denken die Leute sind zu faul. Deshalb wird es vielleicht in den USA zuerst eingeführt, die können viel pragmatischer denken. Schauen Sie in der Geschichte zurück: Früher mussten wir das Wasser am Dorfbrunnen holen. Dann kam irgendein so ein Schlauer auf die Idee, man könnte doch Leitungen bauen, überall dorthin, wo es Wasser braucht. Dann gab es riesige Debatten, wer kontrolliert denn das, können nicht die Leitungen kaputt gehen, geht nicht das soziale Miteinander auseinander, wenn wir uns nicht mehr am Dorfplatz treffen? Naja und seit es das gibt, ist es eine Selbstverständlichkeit. Beim Grundeinkommen wird es ähnlich sein.

Zur Person: Daniel Häni leitet das "unternehmen mitte", ein Kaffeehaus und Coworking Space, und ist Mitbegründer der Initiative Grundeinkommen und einer von vielen Köpfen hinter der Schweizer Volksabstimmung.

.....

Ciao, Wolfgang Ratzel